



N i e d e r s c h r i f t

39. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.02.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Norderstedt, Rathausallee 50; 22846 Norderstedt; Raum K 130/131

Anwesende:

Herr Henning Wulf
Frau Doris Grote
Frau Edda Lessing
Herr Claus Peter Dieck ab 18:40 Uhr
Herr Ole-Christopher Plambeck
Herr Hans-Jürgen Scheiwe
Herr Gerd-Rainer Busch Vertretung für: Herrn Tobias Köpke
Frau Rita Marcussen
Herr Peter Säker
Frau Maren Berger
Herr Dr. Eberhard Krauß
Herr Wolfgang Schnabel
Frau Claudia Beyer Vertretung für: Herrn Toni Köppen
Herr Heinz-Michael Kittler
Frau Angelika Kahlert Kreissenorenbeirat Vertretung für: Frau Anke Pawlik
Herr Kurt Barkowsky KT-Abg. als Gast
Herr Winfried Zylka Kreispräsident bis 18:40 Uhr Vertretung für: Herrn Claus Peter Dieck, anschließend KT-Abg. als Gast
Herr Jens Wersig KT-Abg. als Gast
Herr Arne Hansen ab 18:40 Uhr KT-Abg. als Gast
Herr Oberbürgermeister Grote bis 18:30 Uhr
Herr Landrat Schröder
Herr Ebert Kommissarische Werkleitung ISE
Herr Hartmann FDL Kreisplanung
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Kruse Personalrat
Frau Moser Beteiligungsmanagement/ kommissarische Geschäftsführung WKS GmbH

Frau Harder Protokollführerin

Abwesende:

Herr Tobias Köpke

Herr Toni Köppen

Frau Anke Pawlik Kreissenorenbeirat

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2016
- 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2016
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Antrag zur Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg;
Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2016/030
- 3.2 Antrag: Bericht über Wohnraumlage und Trend vorziehen;
Antrag der Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2016/032
- 3.3 Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte des Kreises Segeberg
Ausschreibungsverfahren
Vorlage: DrS/2016/034
- 4 Berichte/Informationen
- 4.1 Bedarfsermittlung Büroraum in der Kreisverwaltung
Vorlage: DrS/2016/033
- 4.2 Informationen des Landrates
- 4.3 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.

7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

8 Bericht der ISE

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

Begrüßung durch Oberbürgermeister Grote

Nachdem der Oberbürgermeister den Ausschuss begrüßt hat, stellt er aktuelle Zahlen und Daten zur Stadt Norderstedt mit ihrem prosperierenden Standort vor. Die Stadt habe den Vorteil ihrer Lage, was über die Fraktionen hinweg genutzt werden solle. Es stelle sich derzeit die Frage, inwieweit ein Wachstum gewünscht sei, da dieses u.a. auch eine höhere Verkehrsdichte bedeute. Aktuell sei ein Bereich eingerichtet worden, welcher sich mit dem Thema nachhaltiges Norderstedt und Stadtentwicklung beschäftige. Bei Projekten erfolge daher die Überprüfung, ob es wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht ist und der Umwelt hilft.

Das Thema Norderstedt als kreisfreie Stadt werde von ihm nicht mehr weiter verfolgt. Durch das von fünf Städten und einer Gemeinde gegründete sog. Nordgate sei eine Gemeinschaft für die Wirtschaft gegründet worden.

Des Weiteren äußert Herr Grote seine Bitte an die WKS, dass diese für eine Wirtschaftsförderung im Kreis nicht für die Gemeinden tätig werde, sondern mit den Gemeinden. Diese würden gerne bereits vorhandene Ressourcen einbringen, welche von der WKS abgerufen werden sollen, damit diese gemeinschaftlich genutzt werden können.

Zum Abschluss betont der Oberbürgermeister, dass der Kreis Segeberg und die Stadt Norderstedt nicht ohne einander auskommen würden und die daraus entstehenden Potentiale genutzt werden müssten. Er appelliert dafür, den Dialog auch in Zukunft fortzusetzen.

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Landrat bittet darum, unter TOP 3.3 zum aktuellen Stand, welcher sich am heutigen Nachmittag ergeben habe, zur Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf berichten zu dürfen.

Auf Nachfrage von Frau Berger erklärt der Vorsitzende, dass die Diskussion über den Bericht des RPA über die WKS für die kommende Sitzung vorgesehen ist.

Die Tagesordnung wird in dieser Form genehmigt und die TOP 7 und 8 werden nichtöffentlich behandelt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2016

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2016

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Antrag zur Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg; Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: DrS/2016/030

Eingangs führt Frau Lessing zu dem Antrag der SPD-Fraktion aus, dass früher lediglich 5 Euro für die Teilnahme an Sitzungen als Gast ausgezahlt worden seien. Ihre Fraktion beantrage daher erneut eine Reduzierung für die Gastteilnahme.

Frau Grote erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Gästeregelung eine günstigere Alternative zu weiteren Arbeitskreisen sei. Da ein Abgeordneter sich vor Ort informieren könne und solle, plädiere ihre Fraktion dafür, keine Veränderung vorzunehmen.

Anschließend spricht Herr Schnabel sich für eine erneute Entschädigung in Höhe von 5 Euro pro Sitzung aus.

Herr Dr. Krauß schließt sich dem Antrag der FDP-Fraktion an, da eine vollkommene Streichung des Sitzungsgeldes nach Aussage des Kreispräsidenten nach der Kreisordnung nicht möglich sei.

Anschließend lässt der Vorsitzende zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Kreistagsmitglieder, die als Gast einen Ausschuss besuchen, erhalten 5,00 Euro Sitzungsgeld.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 3 Ablehnung: 9 Enthaltung: -

Da dieser Antrag abgelehnt wird, stellt der Vorsitzende den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Kreistagsmitglieder, die als Gast einen Ausschuss besuchen, erhalten das halbe Sitzungsgeld.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

Anschließend erklärt der Landrat, dass die bisherige Regelung über eine Pauschale für Mandatsträger, welche ihre Unterlagen unter 20 Seiten über Allris beziehen, nach einer Aussage des Innenministeriums gegenüber einem anderen Kreis unzulässig sei. Nach einem Meinungsaustausch einigt sich der Ausschuss darauf, die Regelung über die Pauschale aufrecht zu erhalten, da die Alternative, dass wieder alle Unterlagen per Post verschickt werden, nicht akzeptabel sei. Es sei eher zu diskutieren, ob auf papierlos umgestellt und die Nutzung von Tablets eingeführt werde.

Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung eine entsprechende Änderungssatzung zur Entschädigung einbringen.

**zu 3.2 Antrag: Bericht über Wohnraumlage und Trend vorziehen;
Antrag der Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2016/032**

Herr Kittler erläutert seinen Antrag dahingehend, dass es hier um Menschen gehe, deren Asylverfahren mit einem Aufenthaltstitel beendet werde. In diesem Fall kämen Kosten in Form der Kosten der Unterkunft auf den Kreis zu. Zwar habe der WRI-Ausschuss einen Bericht zur kommenden Sitzung beschlossen, aufgrund der finanziellen Dringlichkeit solle es bereits eine Kurzversion vorab für den Hauptausschuss geben. Er schätze, dass im Dezember 2015 bereits 600 zusätzliche Bedarfsgemeinschaften gemeldet worden seien, was die Asylbewerber aus dem Jahr 2014 sein müssten. Daher müsse sich jetzt ein Bild darüber gemacht werden, welche finanziellen Auswirkungen auf den Kreis zukommen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es bzgl. der Flüchtlingssituation viele Unbekannte geben würde. Allerdings würden die Kosten der Unterkunft Kosten darstellen, die unumgänglich seien.

Frau Lessing plädiert anschließend für eine umfassende Recherche, in welche alle Kommunen involviert seien. Aus diesem Grund solle es bei dem ursprünglichen Beschluss des WRI-Ausschusses bleiben. Auch Herr Schnabel spricht sich dafür aus, dass es sich um eine komplizierte Angelegenheit handle, welche mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden sei.

Herr Hartmann erklärt anschließend, dass zwar bereits mit der Umfrage begonnen worden sei, Auswertungen, Nachfragen sowie Formulierungen jedoch nicht bis zum März erfolgen können. Anschließend gibt er als Vorabinformation zu der Frage 10 einen Newsletter des Innenministeriums zu Städtebau-Bauen-Wohnen zu Protokoll.

Nachdem auch Herr Dieck sich dafür ausspricht, dem Antrag nicht folgen zu können, aber darum bittet, dass der Bericht möglichst nicht erst zur Sitzung im Juni vorgelegt werden soll, zieht Herr Kittler seinen Antrag zurück.

**zu 3.3 Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte des Kreises Segeberg
Ausschreibungsverfahren
Vorlage: DrS/2016/034**

Der Landrat fasst die Vorlage zusammen und erklärt, dass heute bekannt geworden sei, dass lediglich noch zwei Lose zu vergeben seien, dass es bzgl. der Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft planungsrechtliche Probleme gebe. Aktive Lärmschutzmaßnahmen sind nicht vorhanden, da diese erst mit dem Weiterbau der Autobahn entstehen würden. Daher sei die Erweiterung nach derzeitigem Stand nicht genehmigungsfähig. Auf Nachfrage erklärt der Landrat, dass bisher nur Vorplanungen stattgefunden hätten und dementsprechend auch noch kein großes Budget verbraucht worden sei. Aus diesem Grund sei der Beschluss anzupassen und nur noch auf Warder und die ursprüngliche Gemeinschaftsunterkunft zu beziehen.

Zur Nachfrage von Frau Lessing, ob nicht erst der Sozialausschuss hätte hierüber beraten und der Hauptausschuss abschließend beschließen müssen, erklärt der Landrat, dass die Reihenfolge mit Herrn Beeth abgestimmt sei und so eine schnellstmöglicher Beschluss angestrebt werden könne. Die derzeitige Interimslösung sei die teuerste.

Auf den Hinweis von Herrn Busch, dass aus der Vorlage nicht zu erkennen sei, wieso eine Vergabe günstiger sei, führt der Landrat aus, dass dieser Prüfauftrag von der Politik erteilt worden sei. Herr Dieck bittet darum, eine Gegenüberstellung der Kosten bei einer Selbstdurchführung und einer Fremdvergabe nachzureichen woraufhin der Landrat dieses für den Sozialausschuss zusagt. Nachdem Frau Marcussen erklärt, dass sie nicht feststellen könne, dass eine Fremdvergabe günstiger sei, erklärt der Landrat, dass es aus dem Haushalt 2016 klare Vorgaben gebe. Sollte es zu der Fremdvergabe kommen, würden die bereits vorgesehen Personalkosten in Sachkosten umgewandelt werden. Der Vorsitzende erläutert als einen Vorteil dieses Verfahrens, dass der Kreis nur für fünf Jahre an den Vertrag gebunden sei, an eigenes Personal ggf. Jahrzehnte lang.

Der Ausschuss stimmt den Aussagen von Frau Lessing und Frau Würfel zu, dass nicht allein der Preis, wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, entscheidend für eine Vergabe sein könne.

Daraufhin erklärt der Landrat, dass die Ausschreibung sehr umfangreich sei und dass alle Voraussetzungen erfüllt sein müssten, bevor der Preis entscheide. Der Vorschlag von Herrn Dieck, in dem Beschluss aufzunehmen, dass auch Referenzen und Wirtschaftlichkeit gefordert werden, wird vom Ausschuss begrüßt.

Herr Busch und Herr Säker weisen darauf hin, dass in der Einwohnerversammlung in Warder vom Landrat das Gefühl vermittelt worden sei, dass der Kreis das Heim selbst betreiben werde und es daher bei einer Fremdvergabe zu Widerständen kommen könne. Hierzu führt der Landrat aus, er habe im Nachhinein Gespräche führen können, durch welche Sorgen genommen werden konnten, ebenso wie durch den aktuellen übergangsweisen Betreiber. Zu der Frage, für welche Liegenschaften ausgeschrieben werden solle, erklärt der Landrat, dass für die Erweiterung von Schackendorf nicht mehr ausgeschrieben werden müsse. Für die bestehende Liegenschaft in Schackendorf sei zwar Personal vorhanden, welches allerdings auch andersorts eingesetzt werden könne. Der Ausschuss einigt sich daher darauf, eine Ausschreibung für die bestehende Unterkunft in Schackendorf sowie Warder vorzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt sodann den angepassten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistung „Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte des Kreises Segeberg und Betreuung der dort untergebrachten Personen in Warder und der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf“ öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibung erfolgt für fünf Jahre und umfasst die in der Anlage genannten Aufgaben. Entscheidungskriterien für die Vergabe sollen der Preis sowie Referenzen bzw. nachgewiesene Erfahrungen sein.

Für die Ausschreibung sollen zwei Lose gebildet werden, jeweils eines für die Unterkunft in Warder und eines für die bestehende Unterkunft in Schackendorf. Über die Vergabe der Leistung entscheidet der Kreistag in seiner Sitzung am 12.05.2016.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 8 Ablehnung: - Enthaltung: 4

Anschließend einigt sich der Ausschuss darauf, die Umsetzung der Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf aufgrund der vom Landrat o. erläuterten Gründe, derzeit nicht weiter zu verfolgen.

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Bedarfsermittlung Büroraum in der Kreisverwaltung

Vorlage: DrS/2016/033

Herr Ebert erläutert die neusten Entwicklungen zu einem eventuellen Kauf der Immobilie Rosenstraße 28. Der Landrat erklärt, dass hierdurch eine Raumreserve entstehen würde. Herr Ebert gibt zu bedenken, dass hierdurch die Mitarbeiter weiter verstreut werden würden. Der Kreispräsident regt einen Ausbau des bestehenden Verwaltungsgebäudes an, da der Personalbestand immer Schwankungen unterliege und schon länger moniert werde, dass bessere Ausschussbüros und Tagungsräume vorhanden sein müssten.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt der Landrat, dass dieses Bedarfskonzept auf Nachfrage aus der Politik entstanden sei und heute nur eine Sachstandbeschreibung darstelle. Beschlussvorschläge würden sich bei konkreten Angeboten ergeben.

zu 4.2 Informationen des Landrates

Zunächst führt der Vorsitzende zu seiner Anfrage bei der Verwaltung, für alle Mitglieder des Hauptausschusses Kommentare zur Gemeindeordnung zu besorgen, aus, dass diese mit 79 Euro pro Stück sehr teuer seien und regt daher an, jeder Fraktion ein Exemplar zur Verfügung

zu stellen. Der Ausschuss einigt sich darauf, die Kosten hierfür aus dem Zuschuss zu den Kosten der Geschäftsführung der Fraktionen zu zahlen und bittet die Verwaltung um Kauf des Kommentars.

Die Fraktion B'90/Die Grünen verzichtet, da sie bereits ein Exemplar besitze.

Weiter verteilt der Landrat Visitenkarten und erklärt, dass auf der von der Verwaltung ausgestalteten Internetseite www.integration-segeberg.de neben weiteren Veranstaltungen viele Informationen zum Thema Migration und Flüchtlinge zu finden seien.

Als Nächstes kündigt der Landrat für die kommende Sitzung als TOP die Aktualisierung des Beteiligungsangebots der Schleswig-Holstein Netz Gesellschaft an.

Wie in der Bürgermeisterrunde mit den Fraktionen im November 2015 besprochen, soll nach Aussage des Landrats schnellstmöglich eine erneute Runde zum Thema Kreisumlage für 2017 anberaumt werden. Allerdings werden hierfür belastbare Zahlen aus dem Jahresabschluss 2015 benötigt. Der Landrat wird diese in der kommenden Bürgermeisterrunde ansprechen und einen Termin abstimmen.

Anschließend berichtet der Landrat von Personalproblemen und einer höheren Arbeitsbelastung im Fachdienst 36.00 im Gebiet Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten. Stellenausschreibungen würden zwar laufen, allerdings gebe es auch viel Langzeiterkrankte. Aus diesem Grund seien geplante Einnahmen und Erträge derzeit nicht realisierbar, so dass es Abweichungen vom Haushaltsplan geben werde.

Gegen die mit Erlass vom 18.01.2016 erfolgte Festsetzung der Finanzausgleichsleistungen für das Jahr 2016 habe der Landrat vorsorglich Widerspruch beim Innenministerium eingelegt.

Aus dem Arbeitskreis Zins- und Schuldenmanagement berichtet der Landrat, dass es aufgrund einer auslaufenden Zinsbindung aus einem bestehenden Kreditvertrag sowie zusätzlichen Investitionen bei der ISE erforderlich gewesen sei, den erforderlichen Betrag in Höhe von 3,9 Mio. Euro auszuschreiben. Es sei ein Darlehen am 10.12.2015 über diese Höhe mit einem Zinssatz in Höhe von 1,87% und einer Zinsbindung bis zum 30.12.2045 aufgenommen worden. Weiter sei von dem von der KfW bewilligten, zweckgebundenem Kredit für die ISE in Höhe von insgesamt 2,5 Mio. Euro ein Teilbetrag in Höhe von 1.550.000 Euro für die Finanzierung der Gemeinschaftsunterkunft in Warder abgerufen wurde. Der Restbetrag des Kredits werde nicht in Anspruch genommen werden, da dieser für die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf geplant gewesen sei. Der Vorsitzende bittet um eine Prüfung, ob der Kredit anderweitig im Kreis verbleiben könne.

Abschließend gibt der Landrat den aktuellen Schuldenstand zu Protokoll.

zu 4.3 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident berichtet zunächst, dass am 27.2. die Ehrenamtsmesse in Henstedt-Ulzburg stattfinden werde und noch Politiker gesucht werden, die den Stand des Kreises mit besetzen würden.

Des Weiteren kündigt der Präsident den Besuch von 12 Personen aus dem Partnerkreis Drawsko Pommorskie aus Polen vom 14. bis zum 18.03.2016 an. Das Programm werde derzeit vorbereitet und anschließend auch an die Fraktionen verschickt mit der Bitte um Entscheidung, ob sie teilnehmen möchten.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Zu der Nachfrage von Herrn Dieck zu dem Beschluss des Hauptausschusses zum VJKA (vgl.

Vorlage DrS/2015/335) führt der Landrat aus, dass sich bereits alle Ebenen des Beschlusses in der Umsetzung befinden.

Nachdem Frau Grote sich nach dem aktuellen Stand der Klassenräume 3 und 4 für das BBZ Norderstedt erkundigt, führt Herr Ebert aus, dass er diesbezüglich und zu den Räumen 5 und 6 gestern ein Gespräch mit Frau Bogalski und Herrn Wellbrock gehabt habe. Die Anforderungen der Bauaufsicht Norderstedt zum Brandschutz betreffend der Räume 3 und 4 seien abschließend bearbeitet. Zu den Räumen 5 und 6 habe die ISE andere Vorstellungen als vom BKS-Ausschuss beschlossen, da sich diese Pläne in der Form nicht zu wirtschaftlichen Kosten umsetzen lassen würden. Frau Lessing erklärt, die Ungeduld der Verantwortlichen des BBZ verstehen zu können, da die Probleme bzgl. des Brandschutzes bereits seit Monaten bestehen würden und aufgrund eines Interesses an dem Schulbetrieb eine schnellere Bearbeitung hätte erfolgen müssen. Herr Dieck ergänzt, dass der Druck aufgrund der erweiterten Schulpflicht für Flüchtlinge auf 25 Jahre größer werde.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Der Vorsitzende sieht für die kommende Sitzung eine Aussprache über den RPA-Bericht zur WKS vor.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Henning Wulf
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführung)